



Die politischen Parteien und ihre Einstellung zur nachhaltigen Entwicklung

Von bemerkenswert bis irritierend...

Juni 2004

Die politischen Parteien und ihre Einstellung zur nachhaltigen Entwicklung

Von bemerkenswert bis irritierend...

Im Vorfeld der Nationalwahlen führte der Mouvement Ecologique – wie so manch andere Nicht-Regierungsorganisation – eine Umfrage zu wesentlichen Fragestellungen aus der Sicht der Ökologie / der nachhaltigen Entwicklung bei den politischen Parteien durch. Die Resultate sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert.

Von einer breiten Zustimmung zur nachhaltigen Entwicklung ...

Recht beeindruckend ist, wie breit die generelle Zustimmung der politischen Parteien zur Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung ist. So äusserten die Parteien in der Tat einstimmig ihre Zustimmung zu folgenden Forderungen des Mouvement Ecologique

- **Erneuerbare Energien und Energiesparen: Fortführung der bestehenden Förderreglemente – neue Akzente in Richtung rationelle Energienutzung**

Einstimmigkeit besteht zwischen allen Parteien, dass in der nächsten Legislaturperiode die rationelle Energienutzung (Energie sparen) stärker gefördert werden soll. So begrüsst der Mouvement Ecologique nachdrücklich, dass alle Parteien folgende Forderungen unterstützen

- * Schaffung einer **unabhängigen Energieberatung** (eine solche Beratungsstelle wurde bis dato stets verhindert)
- * Überschaffung der heutigen **Wärmeschutzverordnung** nach modernem Standard.

Geradezu euphorisch mag die Tatsache stimmen, dass sich alle Parteien dafür aussprechen, die **Reglemente betreffend die erneuerbaren Energien fortzuführen**. Dies ist somit eine klare und verpflichtende Aussage, die keine Partei - auch nicht in einer zukünftigen Koalition - in Frage stellen kann. Ebenso bemerkenswert ist, dass sich alle Parteien dafür aussprechen, den Einspeisetarif auf den Strompreis umzulegen und die Finanzierung auf diese Weise abzusichern – eine Massnahme, die bis dato in dieser Regierung keine Zustimmung fand (nur Déi Lénk enthalten sich hier einer Aussage). Auch hier wird die nächste Regierung nicht daran

vorbeikommen, diese Zusage mit Leben zu füllen!

- **Für einen Qualitätssprung auf der Ebene des Naturschutzes**

Vor allem auf der Ebene des Naturschutzes scheint es einen Konsens zwischen den Parteien zu geben. Diese treten alle ein für ein Mehr an Fachlichkeit und Wissenschaftlichkeit sowie für die Schaffung eines runden Tisches zwischen Naturschutz und Landwirtschaft. Somit dürfte das Gesetzesprojekt des derzeitigen Umweltministeriums über das Partenariat zwischen Staat und Gemeinden bzw. die Schaffung einer wissenschaftlichen Naturschutzinstanz ohne weiteres umgesetzt werden und endlich in Sachen Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft neue Akzente gesetzt werden.

- **Für einen Ausbau des Biolandbaus**

In der Konsequenz treten auch alle Parteien für eine stärkere Förderung des Biolandbaus ein als bisher. Ein interessantes Resultat, sind die Anstrengungen dieser Regierung in diesem Bereich doch eher als bescheiden anzusehen.

- **Für neue Akzente im Bereich der regionalen Entwicklung**

Auf ebenso breiten Konsens stösst das Konzept der regionalen Entwicklung. Auch die CSV, wie alle anderen Parteien, setzt sich nunmehr für die Schaffung eines sogenannten Regionalfonds ein, obwohl der zuständige CSV-Innenminister während der vergangenen Legislaturperiode dieser Idee eher negativ gegenüber stand. Weitergeführt werden soll ebenfalls die Debatte betreffend die Kompetenzaufteilung zwischen Staat und Gemeinden. Bei beiden Fragestellungen gab lediglich das ADR «ohne Antwort» an.

- **Für eine Reform des Staatsrates**

Weniger bekannt dürfte die Einstellung der Parteien zum Staatsrat sein. Alle (!) Parteien sprechen sich für eine Reform des Staatsrates und seiner Zusammensetzung aus (z.B. betreffend Doppelmandate, die Nennung von hohen Beamten in den Staatsrat). Hier darf man gespannt sein, ob diese Einstimmigkeit tatsächlich zum Handeln führt.

- **Neue Wege in der Investitionspolitik**

Neue Wege wollen alle Parteien scheinbar auch auf der Ebene der Investitionspolitik des Staates gehen: so soll u.a. der «fonds de l'environnement» stärker in Richtung Prävention orientiert werden.

Ebenso treten alle Parteien (Ausnahme: ADR, mit negativer Haltung sowie DP, ohne Antwort) für die Einführung einer sog. Spekulationssteuer ein. Ebenso sind alle Parteien – ausser Déi Lénk – für einen kostendeckenden Wasserpreis (warum wurde dieser bis dato noch nicht einmal ansatzweise eingeführt ?)

... hin zu einer Diskrepanz zwischen Theorie und politischer Praxis

Angesichts einer Reihe von Antworten verschiedener Parteien mag man sich jedoch fragen, ob aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung nun Freude oder eher eine gewisse „Irritation“ angesagt ist. In der Tat sprechen sich die Parteien und hier vor allem - da diese in der Verantwortung standen - die Majoritätsparteien – für eine Reihe von Massnahmen aus, die in dieser Legislaturperiode nicht gefördert und zum Teil sogar sehr bewusst vereitelt wurden. Hierzu zählen vor allem folgende:

- **Für neue Wege der Politikgestaltung**

Ein breiter Konsens besteht darin, dass z.T. neue Wege der Politikgestaltung in der nächsten Legislaturperiode begangen werden müssen. Alle Parteien treten ein für: eine Stärkung der Abgeordnetenkommission (personell, finanziell, strukturell), eine pro-aktive Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse (Organisation von runden Tischen, Ausbau des Moderationsangebotes) sowie für die Umsetzung der sogenannten Aarhus-Konvention, die den Bürgern mehr Informations- und Mitwirkungsrechte erlaubt. Ebenso treten alle Parteien für ein Ausbau der politischen Bildung im postprimären Bereich ein, was als absolut bemerkenswert zu werten ist.

Diese Aussagen sind positiv, und doch hinterlassen sie einen schalen Nachgeschmack, aufgrund der politischen Realität, auch der vergangenen Wochen.

Liess sich die Abgeordnetenkommission doch in den vergangenen Wochen zum Handlanger der Regierung degradieren, in dem sie Gesetzesprojekte ohne reelle Debatte stimmte (z.B. betreffend die Reorganisation des öffentlichen Transportes bzw. die nachhaltige Entwicklung)... Ebenso problematisch war die „Debatte“ über den Klimaschutz (Kyoto), wo das Hearing nicht als Austausch- und Diskussionsforum ausgerichtet war, sondern de facto eine reine Alibi-Funktion hatte, da die eigentlichen Debatten in der Tripartite stattfanden...

Was die Aarhus-Konvention anbelangt: Obwohl diese Direktive seit Jahren umgesetzt werden sollte, erfolgte dies in Luxemburg noch immer nicht. Behauptet wurde seitens der Mehrheitsparteien, es wäre nicht sinnvoll ein neues Gesetz zu stimmen, vielmehr sollten diese Rechte klarer in den verschiedenen einzelnen Gesetzen geregelt werden. Dies wäre theoretisch auch gut so. Doch: vor knapp 3 Wochen wurde mit das wichtigste Gesetz betreffend die Entwicklung der Gemeinden gestimmt (Reform des sogenannten 37er-Gesetzes). Die Aarhus-Konvention wurde nicht integriert, obwohl mehrfach seitens des Mouvement Ecologique nachgehakt wurde. Die gleiche Bemerkung gilt für das Naturschutzgesetz, das vor kurzem reformiert wurde, ebenfalls ohne Integration der Aarhus-Konvention.

- **Für eine nachhaltige Steuerreform**

Aus der Sicht des Mouvement Ecologique als besonders wegweisend ist die Tatsache anzusehen, dass sich alle Parteien (ausser «Déi Lénk»: keine Meinung) für eine nachhaltige Steuerreform aussprechen. Nachdem Akzente in dieser Richtung zwar bereits im Koalitionsabkommen dieser Regierung vorgesehen waren, jedoch keine Initiativen ergriffen wurden, ist die Bejahung dieses Vorhabens natürlich zu begrüßen. So bekennen sich alle Parteien zu den Thesen und zur Umsetzung der Studie des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln, die im Auftrag des Mouvement Ecologique erstellt wurde.

Doch auch hier mag man gespannt sein, wurden doch in der Tat in dieser Legislaturperiode die Chancen verpasst, in diesem Bereich aktiv zu werden. Mehr noch: es wurde in die gegensätzliche Richtung gearbeitet. So wurde seitens der Regierung z.B. ein Abkommen mit der Industriellenfederation unterschrieben, in dem zugesagt wurde, keine Energiesteuer einzuführen...

- **Ein Umdenken im Mobilitätsbereich?**

Eine ähnliche Übereinstimmung besteht spannenderweise im Bereich Strassenbau. Mit Ausnahme des ADR möchten alle Parteien eine Priorität auf den Ausbau des öffentlichen Transportes gegenüber dem weiteren Bau von Strassen legen... Man darf gespannt sein ...

Geradezu irritierend ist jedoch die Tatsache, dass sich ebenfalls alle Parteien für die Schaffung eines Verkehrsverbundes aussprechen, in dem alle Akteure regroupiert sind (Eisenbahn, Gemeinden u.a.m.). Diese Aussage steht in diametralem Widerspruch zum Gesetzesprojekt betreffend die Organisation des öffentlichen Transportes, das erst vor kurzem gestimmt wurde. *In diesem steht als wichtigstes Ziel die wirtschaftliche Rentabilität, und nicht der konsequente und strategische Ausbau des öffentlichen Transportes. Ausserdem sollen sich nicht die wichtigen Akteure im Transportbereich zusammentun und neue Wege gehen – so wie im Ausland, in einem Verkehrsverbund üblich und von den Parteien in der Umfrage zugesagt – sondern fünf Einzelpersonen sollen die gesamten Geschicke des öffentlichen Transportes in Luxemburg leiten. Würden die Parteien ihre eigenen Aussagen in der Umfrage ernst nehmen, so müsste de facto dieses Gesetzesprojekt umgehend wieder grundlegend reformiert werden!*

- **Für die Definition einer „starken“ Nachhaltigkeit**

Die Frage, ob sich Parteien zur sogenannten «starken» Nachhaltigkeit bekennen (d.h. eine gewisse Prioritätensetzung auf die Ökologie, da der Umweltraum die Voraussetzung schlechthin für ein Überleben auf diesem Planeten und die wirtschaftlichen Aktivitäten ist), bejahen alle Parteien, mit Ausnahme der «Déi Lénk», die keine Antwort geben.

Alle Parteien bejahen ebenfalls die These, dass in Zukunft die Indikatoren betreffend die nachhaltige Entwicklung im gesellschaftspolitischen Prozess eine stärkere Bedeutung haben sollten.

Auch diese Antworten mögen aus der Sicht eines Mouvement Ecologique sehr positiv sein. Und doch: gerade in dieser Legislaturperiode wurde die Ökologie häufig hintenan gestellt, die Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung nicht einmal zur Kenntnis genommen und die Chancen eines Miteinanders von Ökologie und Ökonomie auf flagrante Art und Weise verkannt.

- **Für neue Wege in der Beschaffungspolitik**

Wie mag auch die Tatsache zu deuten sein, dass sich alle Parteien dafür aussprechen, dass in Zukunft bei der Beschaffungspolitik ökologische und soziale Kriterien stärker berücksichtigt werden?

Auch hier gilt: natürlich ist dies nach Ansicht des Mouvement Ecologique positiv zu werten. Warum aber, wurde diese Chance bisher verpasst? Warum auch wurde ein Gesetz über die öffentlichen Ausschreibungen in dieser Legislaturperiode reformiert, in dem diese Aspekte ausgeklammert wurden?

- **Für eine Verankerung der nachhaltigen Entwicklung in der Verfassung**

Sehr irritierend sind die Aussagen der Parteien dazu, ob das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung in der Verfassung verankert werden soll. Denn alle Parteien bejahen diese These.

Also auch die CSV, obwohl jene im Mai dieses Jahres durchsetzte, dass ein Konsens betreffend die Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung – der seit 1999 bestand – nun nicht mehr gelten soll. Vielmehr wurde eine Formulierung übernommen, die absolut nichtssagend ist und eine drastische Verschlechterung gegenüber dem Konsens von 1999 darstellt.

Umstrittener ist jedoch die Frage, ob das Grundrecht des Einzelnen auf eine natürliche Umwelt auch einklagbar sein soll. Dies ist eine Grundforderung auch der Umweltorganisationen im Ausland, da ein de facto nicht einklagbares Recht wenig zufriedenstellend wäre. Doch diese Forderung stösst in Luxemburg auf wenig Akzeptanz: gegen diese These sprechen sich das ADR, CSV und LSAP aus, während die anderen Parteien das Prinzip bejahen.

... zu fundamentalen Differenzen zwischen Parteien

Die Differenzen zwischen den Parteien sind, zumindest was die Antworten auf diesem Fragekatalog des Mouvement Ecologique betrifft, recht gering. Augenscheinlicher werden unterschiedliche Sichtweisen bei folgenden Dossiers:

- Regierungsbildung – kein einheitliches Bild!

Tiefgreifender sind die Divergenzen zwischen den Parteien, betreffend die Regierungsorganisation.

* Für die **Schaffung eines Energie- und Umweltministeriums in Personalunion mit dem Transportministerium** spricht sich de facto lediglich das ADR sowie Déi Lénk aus. Die DP ist dagegen, CSV, Déi Gréng und LSAP enthalten sich einer Meinung, dies mit unterschiedlichen Begründungen.

* Auf etwas grössere Zustimmung stösst die Anregung eines Mouvement Ecologique auf der **Ebene des Staatsministeriums eine «coordination du développement soutenable et de l'aménagement du territoire»** zu schaffen. ADR, Déi Gréng, Déi Lénk sowie DP unterstützen die Idee. Die CSV äussert keine Meinung, die LSAP ist dagegen (aufgrund der Erfahrungen, als das Landesplanungsministerium dem Staatsministerium angegliedert war).

* Bemerkenswert ist die Tatsache, dass auch die von verschiedenen Akteuren vorgeschlagene Struktur eines **Verbraucherministeriums** auf Skepsis stösst. Während sich das ADR, Déi Gréng sowie die LSAP dafür aussprechen, enthalten sich die CSV, Déi Lénk sowie die DP einer Meinung.

* Betreffend die Schaffung eines **«Ministère de l'Urbanisme, du développement rural et du logement»** sind alle Parteien dafür, ausser die CSV, die sich enthält und der DP, die sich dagegen ausspricht.

* Positiv zu werten ist die Tatsache, dass sich ausser der CSV – die sich nicht äussern mag – alle Parteien für eine **personelle Aufstockung des Umweltministeriums** aussprechen und hierbei für verbesserte Kompetenzen vor allem im Bereich nachhaltige Entwicklung, Wirtschaft und Naturschutz.

- Klimaschutz oder nicht...: Das umstrittene Dossier schlechthin

Ambivalent sind die Aussagen z.T. in Sachen Klimaschutz zu werten.

Alle Parteien sprechen sich für einen **Reduktionsplan** der CO₂-Emissionen in Luxemburg aus, nur die CSV enthält sich und vermerkt «Die CSV steht zu den rezenten Vorschlägen der Regierung und geht deshalb nicht weiter auf die Fragen ein». Nur ist an sich unklar, was die Regierung entschieden hat, denn ein derartiger Plan wurde bis dato weder erstellt noch in Auftrag gegeben.

Ähnlich sieht es aus bei der Frage des „**Freikaufs**“ von CO₂-Emissionen, d.h. inwiefern

Luxemburg sich im Ausland freikaufen kann, wenn es seine Reduktionsziele nicht erreicht. Bei der Frage, ob die Parteien die Überzeugung teilen, dass dies nur kurz- bis mittelfristig und in begrenztem Ausmass zulässig sein dürfe, spricht sich die DP sogar gegen diese Einschränkung aus, die CSV verweist erneut auf den Regierungsbeschluss, der jedoch in dieser Hinsicht unklar ist. Die Haltung sowohl der CSV als auch der DP in diesem Bereich ist als sehr befremdend zu werten ...

Antworten bleiben aber auch die LSAP und DP schuldig auf die Frage, ob mittel- bis langfristig ein Ausstieg aus dem **Tanktourismus** erfolgen soll. Beide Parteien mogeln sich an der Frage vorbei, wobei die CSV erneut auf die jedoch kaum bekannte Strategie der Regierung verweist... Obwohl jeder in Luxemburg weiss, wie problematisch diese Nischenpolitik ist und dass sie mittelfristig aufgrund von EU-Beschlüssen kaum haltbar ist, scheinen sich die Parteien hier weiter an dieser so wichtigen Fragestellung vorbeimogeln zu wollen ...

- **Stärkung der Zivilgesellschaft – eher umstritten...**

Bürger, die sich in der freiwilligen Feuerwehr engagieren, erhalten z.T. eine Freistellung. Das ist begrüssenswert. Problematisch ist aber, dass eine derartige Anerkennung fehlt für all jene BürgerInnen, die sich gesellschaftspolitisch engagieren. Sitzungen in Ministerien oder in offiziellen Gremien u.a. werden so zum Problem. Deshalb ist es eine langjährige Forderung u.a. des Mouvement Ecologique, dass der «congé associatif» eingeführt werden soll, dies natürlich in einem begrenztem Ausmass.

Interessant ist, dass sich eine CSV sowie eine DP gegen den «congé associatif» aussprechen, das ADR sich bei der Frage enthält, die LSAP, Déi Lénk sowie Déi Gréng sich aber dafür aussprechen.

- **Aufwertung der EU-Arbeit – kein Konsens...**

Spannend ist die Einstellung der verschiedenen Parteien zur EU-Politik.

* Die Frage, ob klare **Kriterien** erstellt werden sollen, welche wesentlichen Entscheidungen auf EU-Ebene im **Vorfeld in der Abgeordnetenkammer** diskutiert und für welche eine Abgeordnetenversammlung ein Mandat geben sollte, bejahen alle Parteien, ausser der CSV, die sich dagegen ausspricht.

* Ebenso spricht sich die CSV dagegen aus, dass die einzelnen Parteien «ihren» EU-Parlamentariern **Mandate** für ihr Abstimmungsverhalten mit auf den Weg geben. Hier enthält sich auch die LSAP.

* Die DP ihrerseits enthält sich, ob die **Zivilgesellschaft** stärker unterstützt werden soll, damit sie EU-Themen aufgreifen kann, wobei alle anderen Parteien diese Thesen – ausser dem ADR – bejahen.

Schlussfolgerung

Der Mouvement Ecologique bewertet die Resultate dieser Umfrage demnach mit gemischten Gefühlen.

Positiv ist wohl, dass aufgrund der Aussagen der Parteien kein Weg an einer Fortführung der Förderung des Energiesparens und der erneuerbaren Energien, einem Qualitätssprung auf der Ebene des Naturschutzes und des Biolandbaus, einer Bejahung der Stärkung der Idee der Regionen, einem gewissen Überdenken der Investitionspolitik aus ökologischer Sicht sowie einer Reform des Staatsrates vorbeiführt - losgelöst von der Zusammensetzung der Regierung.

Ebenso bemerkenswert ist, dass scheinbar in den vergangenen Wochen – vor allem auch bei den Majoritätsparteien – ein Umdenken stattgefunden hat und nunmehr eine nachhaltige Steuerreform regelrecht als Wahlversprechen angesehen werden kann, ebenso wie die Prioritätensetzung zugunsten des öffentlichen Transportes gegenüber dem Individualverkehr sowie die Akzentsetzung im Bereich nachhaltige Entwicklung. Eindeutig steht aber auch aufgrund der Parteien-Antworten fest, dass das rezent gestimmte Gesetzesprojekt betreffend den öffentlichen Transport von der nächsten Regierung reformiert werden muss...

Von besonderer Bedeutung bleibt die Bekenntnis der Parteien zu einer Aufwertung der Abgeordnetenkommer sowie der Gewährleistung eines neuen Politikstils und einer Aufwertung der Zivilgesellschaft. Auch diese Zusagen sind als Verpflichtung anzusehen, unabhängig davon, wie die nächste Regierung aussehen wird.

Doch wie bereits hervorgehoben: Es wäre blauäugig zu verkennen, dass verschiedene Parteien nunmehr im Vorfeld der Wahlen für Ideen eintreten, die sie selbst in den vergangenen Jahren nicht verwirklicht, ja sogar bekämpft haben. Dies sogar noch in den vergangenen Wochen...

Es bleibt zu hoffen, dass hier nicht bewusst die Strategie der Doppelzüngigkeit befolgt wird und dass tatsächlich in so kurzer Zeit ein Umdenken erfolgt ist.

Man mag hoffen, dass es sich nicht nur um leere Wahlversprechen auf der Jagd nach Wählerstimmen handelt, sondern um ehrliche Bekenntnisse für neue Wege im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Man mag auch hoffen, dass hier nicht eine Politik des «jedem etwas» betrieben wird, und bei einer Umfrage des Mouvement Ecologique für bestimmte Thesen eingetreten wird – die aber in der Praxis oder aber bei Umfragen von anderen Akteuren wieder über den Haufen geschmissen werden.

Der Mouvement Ecologique jedenfalls erachtet die Aussagen der Parteien im Wahlkampf als verbindlich. Es kann und darf nicht sein, dass sie sich – wie dies in dieser Legislaturperiode beim Koalitionsabkommen der Fall war – zu einem Teil als leere Worthülsen zeigen würden.

Ein Wiederholen dieses Nicht-Umsetzens der gemachten Versprechen wäre in vieler Hinsicht nicht tragbar für unser Land. Vor allem wäre der Schaden für die Demokratie erheblich. Es würde an den Fundamenten unserer Gesellschaft gerüttelt, weit über Differenzen in Sachdossiers hinaus.

Der Mouvement Ecologique jedenfalls wird die Parteien in der nächsten Legislaturperiode daran messen, inwiefern sie ihre eigenen Thesen auch tatsächlich umsetzen werden.

